

Mag. Stephan Weinberger

gewerbl. gepr. u. unabh. Vermögensberater

2371 Hinterbrühl, Gaadnerstraße 18 b

Tel. & Fax : +43 2236 45 0 74

Mobiltel. : +43 664 15 22 146

E-mail : office@weinberger-vif.at

Homepage : www.weinberger-vif.at

EU-Donner ohne Geistesblitze

Bei komplexen Themen - und dazu gehört ohne Frage die EU-Problematik - können selbst Fachleute leicht den Überblick und sich in Detailfragen verlieren. Und was uns die Masse der Medien, aber auch die Politik in Sachen EU vorsetzt, ist eher dazu angetan, das Unverständnis in der breiten Bevölkerung zu erhöhen, Ressentiments zu schüren und Vorurteile zu bedienen, anstatt Klarheit in die Problemstellungen zu bringen und Lösungsansätze zu präsentieren, die auch von einer satten Mehrheit in der Bevölkerung verstanden und getragen werden.

Um das zu erreichen, muss den Bürgern endlich reiner Wein über den Ernst der Lage eingeschenkt und andererseits unmissverständlich aufgezeigt werden, wo die Ursachen dieser EU-Krise liegen, welche Maßnahmen zur Überwindung dieser Krise unbedingt notwendig sind und mit welchen dramatischen Konsequenzen wir zu rechnen haben, wenn uns das nicht gelingen sollte. Und im gegenwärtigen Stadium gibt es nur mehr ein WIR, ob uns das passt oder nicht. Die Stabilisierung der EU kann nur gelingen, wenn alle Länder ihre Eigeninteressen zugunsten des gesamten Wirtschaftsraumes hintanstellen und an einem Strang ziehen.

Erster und wichtigster Schritt: **man muss endlich aufhören, Symptome zu bekämpfen, anstatt deren Ursachen.** So ist beispielsweise - wie wir in der Vergangenheit gesehen haben - einer Wirtschaftskrise als Folge einer horrenden Staatsverschuldung durch eine rigide Austeritätspolitik nicht beizukommen, denn **„zu Tode gespart, ist auch gestorben“**.

Es gibt - und da sind sich zwischenzeitig zumindest die Fachleute weitestgehend einig - vier Hauptursachen für die aktuelle Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und hier muss der Hebel angesetzt werden. Diese sind:

1. Die **Deregulierung der Märkte und der Geldschöpfung**: seit den 70er Jahren wurden - ausgehend von den USA -, die Märkte zunehmend globalisiert, aber immer weniger kontrolliert. Unter Präsident Clinton und Fed-Chef Greenspan wurde es amerikanischen Investmentbanken ermöglicht, weitestgehend unkontrolliert Geld zu schöpfen und alle erdenklichen Finanzinstrumente zum Einsatz zu bringen. Jegliche Koppelung der Geldschöpfung wurde aufgegeben (z.B. an Gold, die Wirtschaftsleistung usw.).

2. Der **fatale Irrtum der neoliberalen ‚Heilslehre‘**, die davon ausgeht, dass sich die Märkte von selbst regulieren und ohne Regulative den der Menschheit dienlichsten Weg finden, doch - wie die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt - ist das Gegenteil der Fall. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

3. Der **Verlust staatlicher Budgetdisziplin in den Industriestaaten**: nach der ersten Erdölkrise im Jahre 1973 kam es zum ersten großen Schuldensprung, weil man - damals mit Erfolg - versuchte, die rezessiven Tendenzen, die durch die stark gestiegenen Ölpreise hervorgerufen wurden, durch staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme und dementsprechende Erhöhung der Staatsausgaben zu kompensieren. Aber anstatt die Schulden in den nachfolgenden Jahren der Hochkonjunktur wieder abzubauen, lagen die Staatsausgaben danach Jahr für Jahr deutlich über den Einnahmen.

[Exkurs: Warum überhaupt diese Schuldenmacherei? Ganz einfach: die Schulden waren und sind notwendig, um das kapitalistische System funktionsfähig zu erhalten, denn ohne Schuldenmacherei zerbricht das System an sich selbst. Nur private und staatliche Verschuldung garantieren daher dessen Weiterbestand. Finanziert werden diese Schulden aber nicht über die Zentralbanken, sondern über den Kapitalmarkt, also über das Bankensystem.

Da Kredite an den Staat in Form von Anleihen gesetzlich als risikolos eingestuft werden, müssen Banken dafür - im Gegensatz zu Krediten an Unternehmen und Private - keine Eigenkapitaldeckung vornehmen. Kein Wunder, dass diese unlimitierte Geldbeschaffungsaktion die Bankbilanzen mächtig aufblähte und die Banken dementsprechend ‚staatsschuldenabhängig‘ machte, zumal Banken selbst hohe Mengen der begebenen Staatsanleihen halten. Sie brauchen diese Papiere zur Refinanzierung und Bedeckung der begebenen Kredite bei der Notenbank.

Wenn die Marktteilnehmer - das sind alle, die Staatsanleihen kaufen, aber insbesondere Großabnehmer, wie Versicherungen, Investmentfonds usw. - befürchten, dass ein Staat schon so hohe Schulden gemacht hat, dass es bei der Rückzahlung Probleme geben könnte, dann verschlechtert das die Bonität dieses Staates und insbesondere die zu hoher Anlagesicherheit verpflichteten institutionellen Anleger werden Anleihen von Staaten, bei welchen diese Befürchtungen nicht bestehen, den Vorzug geben.

Um für Anleihen von Staaten mit schlechterer Bonität trotzdem Abnehmer zu finden, müssen diese durch höhere Renditen attraktiver gemacht werden. Da die Verzinsung von Staatsanleihen zumeist aber über die gesamte Laufzeit fixiert wird, ist das nur über den Kurs möglich, zu dem die Anleihen am Kapitalmarkt gehandelt werden. Die Anleihen, deren Einlösung ein Staat am Laufzeitende garantiert, werden daher bis dahin entsprechend im Kurs schwanken, also - je nachdem - billiger oder teurer zu haben sein.

Besitzt nun eine Bank Anleihen, die im Kurs gefallen sind, werden Wertberichtigungen in der Bankbilanz erforderlich, wodurch das Eigenkapital der Bank sinkt. Das wiederum bedeutet, dass die Banken weniger Kredite an Unternehmen und Private vergeben können. Und spätestens dann wird die staatliche Schuldenproblematik in unserem System zu einem gravierenden realwirtschaftlichen Problem, zumal auch die Wirtschaft in den Industrienationen zu einem großen Teil nur mehr auf Pump funktioniert.]

Die Folge dieser drei Ursachen ist:

4. Die **Schwächung des politischen Mandats und der demokratischen Strukturen.**

Diese vier Ursachen sind eng miteinander verflochten, ja bedingen einander sogar.

Na also, werden nun viele sagen, kennt man die Ursachen, dann kann doch die Lösung nicht so schwierig sein. Wenn die Deregulierung das Problem ist, dann braucht man eben wieder eine stärkere Regulierung und strengere Kontrollen, um der unser System gefährdenden Finanzakrobatik Einhalt zu gebieten. Wenn der Neoliberalismus den Großteil der Menschheit ins Elend stürzen kann, dann muss der Staat die Zügel eben wieder straffen und die Spielregeln zum Wohle der Allgemeinheit verändern.

Klingt logisch, aber das erfordert eine Kraftanstrengung sondergleichen, die Rückeroberung der Macht und eine **Kehrtwende** in der über viele Jahre vehement verfochtenen politischen Ausrichtung. Das setzt wiederum voraus, dass nicht nur in Fach-, sondern auch Politikerkreisen die schmerzliche Einsicht obsiegt, dass schwere politische Fehlentscheidungen und Versäumnisse die Hauptursachen dafür sind, dass unser System aus dem Ruder gelaufen ist. Dass just der neoliberale Geist, der - paradoxerweise gepaart mit einer überbordenden Bürokratie - dieses EU-Konstrukt von Anfang an umweht, den Boden für die aktuelle Krise bereitet hat.

Es kann an dieser Stelle nicht auf die diversen Fehlentwicklungen eingegangen werden. Die Grundausrichtung hat jedenfalls dazu geführt, dass gewichtige multinationale Unternehmen und insbesondere Bankengruppen zulasten der Gemeinschaft an Machtfülle gewonnen haben. Der staatliche Einfluss wurde in der irrigen Meinung in den Hintergrund gedrängt, dass ‚die Märkte‘ gesellschaftliche Aufgaben viel besser regeln können. In der Folge gingen nicht nur viele der über Jahrzehnte hart erkämpften gesellschaftlichen Errungenschaften (man denke nur an den Lebensmittel- und Naturschutz) wieder verloren, sondern auch die Souveränität der Staaten. **Der Souverän ist heute nicht mehr das Volk, sondern das Geld.** So ist es der Hochfinanz gelungen, die EU-Staaten in Geiselhaft zu nehmen.

Es muss dieser EU, wenn sie - und wir mit ihr - eine bessere Zukunft haben möchte, gelingen, sich aus der tödlichen Umklammerung der Bankenlobby zu befreien, indem eine fachkundige Politik das Heft in die Hand nimmt und sich einer nachhaltig menschen- und nicht ausschließlich kapitalfreundlichen Entwicklung verschreibt. Das ist zugegebenermaßen eine Mammutaufgabe, doch der schwerkranke Patient Europa hat keine andere Wahl und Überlebenschance. In dieser ernstesten Situation bleibt kein zeitlicher Spielraum für halbherziges ‚Herumdoktern‘, ergebnislose G-Gipfel und sonstiges Geplänkel. Es müssen rasch wirksame Rettungsmaßnahmen eingeleitet werden. Dazu zählen:

a) Strengere Maßnahmen zur **Eindämmung der Geldschöpfung** an den Finanzmärkten und durch die EZB, Regelung und **Beschränkung des Derivatemarktes sowie der Finanzspekulation**, die auch nach den bösen Erfahrungen in der Finanzkrise keine Grenzen kennt. Die kurzfristig notwendige, aber à la longue viel zu hohe Liquidität führt zu Instabilität, schweren Verwerfungen an den Finanzmärkten und einer gefährlichen Zunahme der Inflation. Die in den Markt gepumpten Gelder landen leider nicht in der Real-, sondern in der Finanzwirtschaft und an den Warenbörsen. Mit dem Effekt, dass gerade mal bei 1% der Handelskontrakte am Ende auch die Ware ausgeliefert wird, die restlichen 99% dienen der reinen

Spekulation! Die Folge sind nicht nur überzogene Preise für lebenswichtige Güter, wie Öl und Lebensmittel, sondern Markturbulenzen, Hungersnöte und Krieg.

b) ‚**Abkühlung**‘ des weltweit überhitzten **Devisenverkehrs** durch Einführung einer globalen **Finanztransaktionssteuer** (nur mehr knapp 3% des Gesamtvolumens basieren auf Handelsgeschäften, rd. 97% sind ausschließlich spekulationsgetrieben!).

c) ‚**Entflechtung**‘ und **Aufspaltung aller** zu mächtigen **Firmenkonglomerate**, insbesondere von Bankinstituten, deren Insolvenz die Existenz von Staaten gefährden kann. ‚**Too big to fail**‘ darf es nicht mehr geben, weil zu große Unternehmen den Staat erpressbar machen. Das hat man auch in der Wirtschaftskrise 1929/30 erkannt und dementsprechend gehandelt, doch viele der sinnvollen und damals ins Leben gerufenen Finanzmarktregeln wurden in den 70er Jahren ‚als lästiger Ballast‘ wieder über Bord geworfen.

Um die **Stabilität des Systems** zu gewährleisten, müssen Bankinstitute ihre Investmentabteilungen ausgliedern. Neben den reinen **Kommerzbanken**, die das klassische Bankgeschäft (Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Spareinlagen etc.) betreiben, gibt es dann unabhängige **Investmentbanken**. Dadurch wird sichergestellt, dass einerseits durch Fehlspekulationen nicht die Spargelder der Bankkunden gefährdet werden bzw. mit Steuergeldern sog. systemrelevante Banken aufgefangen werden müssen (wie zuletzt die VOLKSBANK) und andererseits, dass das operative Bankgeschäft krisenresistent und unabhängig vom Investmentgeschäft funktioniert. Investmentbanken, die sich verspekulieren, werden nicht mehr durch Steuergelder aufgefangen, sondern in die Insolvenz geschickt.

Im Zuge dessen muss auch die **staatliche Einlagensicherung** auf ein realistisches und für den Staat verkräftbares Niveau reduziert werden, weil sonst müssen ja doch wieder die Steuerzahler für die Fehler der Banken haften. Diese Maßnahme hätte auch den Vorteil, dass - wie früher - wieder mehr Gelder in die Realwirtschaft und weniger in die Finanzmärkte fließen und so systemstabilisierend wirken.

d) **Reformierung dieser EU** - unter Einbindung von unabhängigen Experten - durch Behebung der strukturellen Mängel, durch Schaffung einer funktionierenden Wirtschafts- und Fiskalunion, durch Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung, durch Einführung von Sanktionsmöglichkeiten etc.

e) Einführung von **Eurobonds**, um die Spekulationsangriffe auf einzelne EU-Länder abzuwehren.

f) **Finanzierung der Staatsschulden nicht mehr über das Bankensystem**, sondern über ein EU-Institut, das die Zinsen fixieren und daher niedrig halten kann. Dadurch bieten einzelne EU-Länder keine Angriffsfläche mehr für Spekulanten.

g) ‚**Intelligentes Sparen**‘ – davon war zwar kurz nach Beginn der Krise groß die Rede, doch wurde das bald wieder vergessen. Zur Reduktion der Staatsschulden

müssen einerseits die ineffizienten Staatsausgaben weitestgehend reduziert werden (Verwaltungsreform, Lichtung des Förderdschungels, Durchforstung und Überprüfung der Sozialleistungen, Ökologisierung der Steuern etc.), aber andererseits der Wirtschaftsmotor durch sinnvolle Förderungen am Laufen gehalten und belebt werden. Zu harte und undifferenzierte Sparprogramme schaffen mehr Probleme als sie lösen (s. Griechenland). Allen muss klar sein: **ohne Wirtschaftswachstum kann diese Schuldenkrise nicht gelöst werden** und **ohne Lösung der Schuldenkrise zerbricht die Euro-Zone!**

h) **Neue Wege suchen**, z.B.:

- Abkehr von den milliarden schweren Stützungen des Bankensektors und stattdessen **gezielte Förderung der Realwirtschaft**, beispielsweise in Form von Kreditnachlässen bei Klein- und Mittelbetrieben – das würde nicht mehr kosten, hätte aber unvergleichlich bessere Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft.

- **Ökologisierung des Steuersystems und der Förderungen**, indem umweltfreundliche und nachhaltige Investitionen (Alternativenergie, Wärmeisolierung, öffentlicher Verkehr etc.), aber auch Projekte gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit begünstigt werden.

- **Kreative Anreize** schaffen, dass Private durch Ankauf von zinslosen Staatsanleihen die Staatsverschuldung abbauen helfen, wodurch der Zinsdienst reduziert und die Schulden besser managebar werden, aber auch Budgetspielraum für unbedingt notwendige Investitionen in den Bildungs- und Forschungsbereich entsteht (das Privatvermögen der Österreicher übersteigt die Staatsschuld um ein Vielfaches!).

Fakt ist, die Lage ist kritisch und nur durch radikale Korrekturen kann der drohende Systemkollaps verhindert werden.

Fakt ist aber auch, es gibt Möglichkeiten und Wege, diese Krise zu meistern.

Bleibt nur die Gretchen-Frage, ob noch rechtzeitig ein politischer Konsens zum Kurswechsel und zur Einleitung aller notwendigen und überfälligen Maßnahmen erzielbar ist oder nicht?

Ein Blick auf die Vorkommnisse in Griechenland sollte uns und vor allem unseren Politikern als Warnung dienen. Auch Österreich ist vor so einer Entwicklung nicht gefeit. Nur ein Mehr an Solidarität und gemeinwirtschaftlichem Denken sowie eine intelligente, verantwortungsvolle und entschlossene Politik im Interesse der Bürger kann uns davor bewahren.

Hinterbrühl, am 22.5.2012